"Inhärent sicher" ist nur die Sicherheit, dass Atomenergie unsicher ist

Autor(en): **Flüeler, Thomas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (1989)**

Heft 1-2: **Malville**

PDF erstellt am: **09.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-585971

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Energie«politik» des Bundesrates und der kernbürgerlichen Politiker hat System: Man beschwichtigt die Leute, bis die Abhängigkeit der Schweiz von französischen Atomstromimporten «unerträglich» geworden ist, das heisst, bis der «Tschernobyl-Effekt» abgeklungen ist.

Der «Stein des Anstosses» (offiziell gebrauchter Ausdruck) – Kaiseraugst – ist vom Tisch.

Der Nutzungsbeschluss wird verwässert und verzögert, bis er zu nahe an die Abstimmung über den Energieartikel kommt (worauf man ihn mit Hinweis auf den Verfassungsartikel als überflüssig wegkippt).

Den Energieartikel wiederum schwächt man auch ab (ohne Energieabgabe, obwohl sogar das sogenannte «Referenz»-Szenario mit vier Prozent Abgabe rechnet), bis zur Unkenntlichkeit – ohne Tarifgrundsätze.

Das «Kernenergienutzungsgesetz» als Nachfolger des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz schiebt man bis zum Jahr 2000 auf die lange Bank und will dann wohl den Bedarfsnachweis und die Forderung nach der «dauernden, sicheren Entsorgung und Endlagerung» des Atommülls eliminieren. Die «Gewähr» sogar für hochradioaktive Stoffe wird dann, wenn auch nicht durch die Geologie – Siblingen lässt grüssen –, sondern durch die Technik, auch «inhärent sicher», gegeben sein.

Die total unwirtschaftlichen atomaren Fernwärmenetze sind laut Entwurf zur Energieabgabe im Rahmen der Finanzordnung zu subventionieren (vielsagend, auch wenn diese Abgabe in der Vernehmlassung keine Gnade fand).

Von Thomas Flüeler, nach einem Artikel in der WochenZeitung vom 21.4.89

«INHÄRENT SICHER» IST NUR DIE SICHERHEIT, DASS ATOMENERGIE UNSICHER IST

Energieverzögerungspolitik in der Schweiz – drei Jahre nach Tschernobyl

Am 26. April waren es bereits drei Jahre, seit die Strahlenkatastrophe von Menschenhand (vor allem) über Europa hereingebrochen ist. Sie erinnern sich an die tagtäglichen Ängste beim Einkauf oder Pflücken von Salat, an den Grenzwert-Wirrwarr, an die amtlichen Beschwichtigungsversuche – viel haben wir erlebt, aber haben wir auch etwas begriffen und Konsequenzen daraus gezogen?

Eher nein. Zwar veranstaltete das eidgenössische Parlament im Oktober 1986 die Monster-Tschernobyl-Debatte, jedoch meinte man, bereits etwas zu tun, indem viel darüber geredet wurde, wie sich LdU-Nationalrat Paul Günter ausdrückte.

Etwas weniges wurde beschlossen: genügend Jodtabletten bereitzustellen, die im «Ernstfall 2» (Tschernobyl war ja keiner gewesen) der Bevölkerung verteilt werden sollten. Zwar klappt es nach wie vor nicht mit den **Jodtabletten, S. 10**, aber immerhin… Ausstieg wie Moratorium wurden selbstredend abgelehnt; taktisch war man zwar nicht mehr direkt für die Atomenergie, «hielt» aber die «Option Kernenergie» offen. Sogar konkrete Massnahmen im Hinblick auf eine bessere Energienutzung, eine von Technokraten allseitig aufgestellte Forderung, beispielsweise ein Stromspargesetz, fanden keine Gnade. Entschieden wurde – typisch schweizerisch – nur zu untersuchen, was es hiesse, wenn man entscheiden würde. Die Expertengruppe Energieszenarien EGES wurde aus der Taufe gehoben.

Allerdings trat nun etwas ein, was in der Schweiz relativ selten ist: Der entstandene Bericht betet nicht die Meinungen der Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft nach, sondern zeichnet neue, sinnvollere Wege in der Energiepolitik auf **(E + U 1/88, S. 8 ff)**. So neu zwar sind sie auch wieder nicht: Das Beraterbüro Infras hat bereits 1984 für die Atom- und Energieinitiativen wie auch nochmals 1986 gezeigt, dass man ökologisch und ökonomisch vertretbar aus der Atomenergie aussteigen kann. Neu aber waren die Wege für eine offizielle, vom Bundesrat eingesetzte Kommission und goutierbar für das bürgerliche Lager, da sie, jedenfalls anfänglich, den Segen der Verwaltung hatten … oder zumindest auf offiziellem Papier zu lesen waren.

Nur – aller Segen einer Verwaltung nützt nichts, wenn nicht der Chef der Verwaltung dahinter steht. Und der neue Chef, Energieminister Adolf Ogi, torpediert «seine» Expertenszenarien, wo er nur kann. Beispielsweise am 25. November 1988 in Zürich, in einem Referat vor Mitgliedern des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik **(E + U 4/88, S. 4f)**. Er behauptete frei von der Leber weg (bar jeden Wissens darf man wohl nicht sagen): «Der Ausstieg wird also verlangt. Ohne – und das möchte ich betonen – ohne eine Alternative zu haben.» Dabei sagte er einige Minuten zuvor: «Die Alternative in der Energiepolitik heisst … sparen oder importieren. Der Bundesrat hat sich für das Sparen ausgesprochen.»

«… der Gesamtbundesrat», hätte er beifügen müssen, gegen Ogis eigenen Willen. Denn das Kollegium hatte ihn Mitte 1988 mit der Ausarbeitung eines griffigen Energienutzungsbeschlusses beauftragt, in der Erkenntnis, dass angesichts des hohen Energieverbrauchswachstums rasches Handeln angesagt ist. Es war ein Mehrheitsentscheid – gegen die Freisinnigen Delamuraz und Kopp und eben den SVPler Ogi.

Im Einschwenken der «dynamischen Mitte», der CVP, auf die Politik einer rationellen Energienutzung durfte man, auch als Ausstiegsbefürworter, Morgenluft wittern. Zwar – man hätte das Ganze auch einfacher haben können – mit einem Stromspargesetz, wofür bereits Verfassungsgrundlagen bestehen. Aber die «dynamische Mitte» wollte keinen Energieträger «diskriminieren», also nicht nur den Stromverbrauch beeinflüssen. Diese Haltung verschweigt die Tatsache, dass die Elektrizität in der Energiesparidiskussion seit dem Ölschock von 1973 ungeschoren geblieben und gewaschen worden ist unter dem Motto «weg vom dreckigen Erdöl, hin zum sauberen Atom»; ihr Sparpotential liegt demnach noch weitgehend brach. Aber immerhin, ein Anfang …

Im federführenden Bundesamt für Energiewirtschaft BEW hingegen rannte man mit der Forderung nach einem Energienutzungsbeschluss offene Türen ein. Denn wer sich seriös mit der Energiefrage beschäftigt, kommt ziemlich schnell zum Schluss, dass ein Verzicht auf vermehrte Stromproduktion, also zum Beispiel auf Kaiseraugst, energiepolitisch nur dann glaubwürdig ist, wenn gleichzeitig auch der Stromverbrauch reduziert wird. Die wichtigste Massnahme, dies zu erreichen, nämlich eine schrittweise Tarifharmonisierung nach dem Grenzkostenprinzip, hat aber Bundesrät Ogi aus einem BEW-internen Entwurf gestrichen.

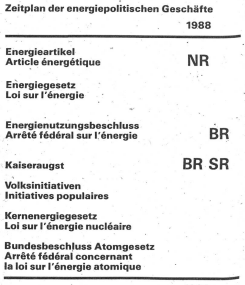
Danach wären die Strompreise auf diejenigen Kosten auszurichten, die die Produktion von zusätzlicher Energie, also aus neuen Kraftwerken, verursachen würde. Oder direkter: Im Winter, wenn die Nachfrage nach Strom gross ist, muss dieser teurer sein als im Sommer, da eine grössere Nachfrage auch ein erhöhtes Angebot (an Kraftwerken) bedingt. Klassische Marktwirtschaft, die ja sonst immer beschworen wird. Zum gleichen Schluss kommt übrigens der jüngste Bericht der Kartellkommission über den Wärmemarkt.

Nichtsdestotrotz sträubt sich der bürgerliche Politiker Ogi gegen mehr Marktwirtschaft, in Anlehnung an die Elektrizitätswirtschaft und die mit ihr verhängten Kantone, die dies seit Jahren tun. So ist es auch nicht erstaunlich, dass die Mehrheit der Kantone sowohl Ogis Rumpf- oder Scheinbeschluss wie auch die ständerätliche Version eines Energieartikels befürworten – nota bene ohne Tarifgrundsätze –, der den befristeten Beschluss ablösen sollte. Im Stöckli haben sich die CVP-Vertreter (die grösste Fraktion) als dynamisch konservativ erwiesen, was den oben erwähnten Hoffnungsschimmer wieder verblassen lässt.

Zum Ausgleich verstärkt der Energieminister, analog den E-Werken mit ihrem Strom, der das ganze Leben sei, seine «Anstatt-Politik» im Gewand der BRAVO!-Kampagne. Für sein Departement ist es «ein voller Erfolg», dass jeder 40. Schweizer bis Ende März eine Hochglanz-Sparscheibe (bestellt) hat. Dies unbesehen der mässig positiven zwölfjährigen Erfahrung mit Energiesparkampagnen (Willi Ritschard) und der wissenschaftlichen Studien, die solche Aktionen «im üblichen Stile» als «wenig sinnvoll» erachten (z. B. die Nationalfondsstudie von Matthias Peters, «Energiesparen unter der Lupe», 1986).

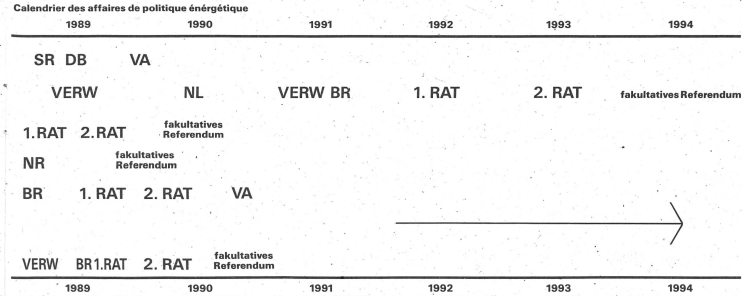
Aber natürlich hat das Ganze System: Verwässerung, Verzögerung und Verdrehung heisst die Devise. Angesichts des jährlich steigenden Energieverbrauchs müsste der bis 1998 befristete «Bundesbeschluss über eine sparsame und rationelle Energieverwendung» schnell, also etwa in einem Jahr, in Kraft treten. Durch die Verschleppung – er hätte eigentlich bereits letztes Jahr dem Parlament vorgelegt wer-

Zeitplan der energiepolitischen Geschäfte



Quelle: Bundesamt für Energiewirtschaft

Calendrier des affaires de politique énergétique



Die Internationale Energie-Agentur IEA zweifelt, ob die gegenwärtige schweizerische Energiepolitik ans Ziel führt. Zur Dämpfung der Energienachfrage seien namentlich die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung sowie marktgerechte Stromtarife einzuführen. Zudem müssten so rasch als möglich gesetzliche Grundlagen für die Energiepolitik geschaffen werden. Experten der IEA zweifeln ob des zeitraubenden Prozederes der direkten Demokratie, dass ausreichende und zeitgerechte Ergebnisse erzielt werden können. Berner Zeitung, 10.5.89

den sollen – kommt er zu nahe an den Energieartikel heran, der ihn ablösen sollte.
Das kann Ogi nur recht sein, denn ihm liegt nur dieser am Herzen. Damit könnte er als energiepolitischer Friedensstifter (Befrieder?) in die Annalen eingehen, denn seit der leidigen AKW-Frage aus den siebziger Jahren läuft in der offiziellen Energiepolitik gar nichts mehr – nur der Verbrauch steigt unvermindert. Zwar steht nach der ständerätlichen Rupferei nichts mehr drin, was über Allgemeinplätze hinaus geht (die Energieabgabe wurde ja schon im Entwurf des Bundesrats nicht mehr berücksichtigt) – aber Herr Bundesrat haben einen Artikel «durchgebracht».
Ogi möchte dem Entwurf dem Volk spätestens Ende 1990/Anfang 1991 zur Zustimmung vorlegen **(Zeitplan-Tabelle).** Nach seinen Berechnungen ist ihm breite Unterstützung sicher – in der Tat: Wer denn möchte gegen ein Nichts opponieren? Dieses Nichts aber wird Ende 1990 – wohl nicht im «Festjahr» 1991 – als indirekter Gegenvorschlag zur Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative herhalten müssen. Nach deren Ablehnung würden dann mit dem vermeintlichen Segen des Volkes – das ja keinen staatlichen «Dirigismus» möchte – das Ausführungsgesetz zum Energieartikel verwässert und die Schleusen der bisher nur «offengehaltenen Option Kernenergie» weit aufgerissen. Just dann müsste man sich vom Joch der Auslandabhängigkeit befreien, das man durch massiven Import französischen Atomstroms (und Kapitalexport!) immer schwerer gemacht hat. Zugute käme uns dann die zwischenzeitlich leise, aber emsig vorangetriebene Atomforschung, die die «inhärent sicheren» Reaktoren aus dem Hut zaubern könnte. Zwar wird das einzige Referenzwerk des «sicheren» Hochtemperaturreaktors von ABB/Siemens in der Bundesrepublik eingemottet, bevor es produziert (es kostet 4,5 statt 1 Milliarde Mark), aber wenn der Wunsch zu Gevatter steht...
Laut Ogis «energiepolitischer Reise», die er am 26. Januar 1989 vor dem (Atom-) Energieforum hielt, würde auch das Atomgesetz revidiert, nicht wie ursprünglich vorgesehen letztes Jahr, sondern 1992/93 – nach der Abstimmung über die Initiativen – jetzt ist das sogar aufs Jahr 2000 verschoben worden. Mit der Streichung des Passus «dauernde und sichere Endlagerung» (im heute geltenden Bundesbeschluss) wäre zumindest juristisch die Frage nach dem Atommüll gelöst; ohne den Bedarfsnachweis für weitere Atomkraftwerke könnten wir einer strahlenden Zukunft entgegensehen, allein das EGES-«Referenz»-Szenario sieht bis 2025 ganze 19 neue AKWs vor!? (Diese Horrorvorstellung ist vielleicht auch Ogi & seiner PR-Truppe sauer aufgestossen – oder sogar in die Knochen gefahren? –, weshalb laut Botschaft zu den Initiativen dieses «eindeutige» Szenario offiziellpolitisch «ausser Betracht» fällt und das Fünfer-und-Weggli-Szenario «Referenz mit verstärktem Sparen» auf den Schild gehoben wird, obwohl wahrscheinlich auch beim Bund der gleiche Franken nicht zweimal – einmal für AKW und einmal für Spartechnologie – ausgegeben werden kann.)

Dass Ogis Rechnung nicht aufgeht, beweisen Ereignisse wie die vermutliche Aufgabe von Wackersdorf, die Flop-Bohrung von Siblingen, das gesunkene U-Boot vor der norwegischen Küste, die wachsende Erkenntnis in den betroffenen Regionen, dass auch ein Ausbau der Wasserkraft an den Ausbau der Atomkraft gekoppelt ist, oder auch die tickende Bombe 70 Kilometer vor Genf, die man Super-Phénix nennt. All dies ist dazu angetan, dass der Atomtechno-Phönix zu Asche wird und auch der Widerstand wieder massiv anwachsen kann...

Jodtabletten oder Wo man das Zwölf-Punkte-Programm liegen lässt

Als Reaktion auf die dringlichen Interpellationen in den Eidgenössischen Räten hat der Bundesrat ein Zwölf-Punkte-Programm ausgearbeitet, «mit welchem die wesentlichen Aspekte der Unfallfolgen und deren Bewältigung untersucht und deren Verbesserungen realisiert werden sollen» (auch E+U 2/87, S. 11f).

Nun – entweder weiss der Bundesrat nicht, was die «wesentlichen Aspekte» einer Strahlenkatastrophe sind oder – was wahrscheinlicher erscheint – er und all die «Kernenergieoptions-Offenhalter» machen auf Beschwichtigung. Zum Beispiel:

Noch immer sind KEINE JODTABLETTEN an die Bevölkerung verteilt worden. «Mit der Bestellung der Tabletten ist frühestens 1990 zu rechnen», heisst es im zuständigen Bundesamt für Gesundheitswesen. Die Pillen, die bereits 1988 hätten verteilt sein müssen, sollen das Eindringen radioaktiven Jodes in die Schilddrüse des Menschen verhindern – vor allem «für Kinder im Wachstum wichtig», «für ältere Erwachsene kann sich die Einnahme dagegen eher kontraproduktiv auswirken»... (Mitteilung vom 20.4.89).

Die ALARMORGANISATION ist nach dem Chaos von 1986 zwar in der «Verordnung über die Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität» gelöst, doch klappen tut's nicht, so im Kanton Aargau, wo jede dritte Gemeinde noch nicht einmal schriftliche Anweisungen und Hilfestellungen für DEN Fall besitzt (Bund, 14.2.89).

Das vielzitierte «SICHERHEITSBREVIER» lässt so lange auf sich warten, dass «der Verdacht aufkommt, die Broschüre könnte termingerecht als offizielle Beruhigungspille im Abstimmungskampf um die Atominitiativen eingesetzt werden», wie die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK am 21.4.89 als Initiantin einer – auch von der SES getragenen – Petition für die Teilnahme an einem Hearing über die Publikation dem Bundesamt für Gesundheitswesen vorhielt. Die Anhörung hätte im Januar 1989 stattfinden sollen...

Bundesrat und nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission liegen über den STRAHLENSCHUTZ so im Clinch, dass auch mit der Abschiedung einer (scharfen?) Verordnung – wenn überhaupt – noch länger nicht gerechnet werden kann (Energieszene, Seite 5).

Super Phénix Mal Ville